

# Sächsisch Staatszeitung

Staatsanzeiger für den Freistaat Sachsen



Erscheint Werktag nachmittags mit dem Datum des Erscheinungstages.  
Bezugspreis: Monatlich 3 Mark. Einzelne Nummern 15 Pf.  
Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 21295 — Schriftleitung Nr. 14574.  
Postfachkonto Dresden Nr. 2486. — Stadtkontofonto Dresden Nr. 140.

Ankündigungen: Die 32 mm breite Grundzeile oder deren Raum 30 Pf., die 66 mm breite Grundzeile oder deren Raum im amtlichen Teile 60 Pf., unter Einbezug auf Geschäftsanzeigen, Familienanzeigen u. Stellenangebote. — Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Beitragliche Nebenblätter: Landtags-Beilage, Verkaufsstelle von Holzpflanzen auf den Staatsforstrevieren.  
Verantwortlich für die Redaktion: J. S. Oberregierungsrat Hans Block in Dresden.

Nr. 116

Dresden, Mittwoch, 20. Mai

1925

## Die kleine Zolltarifnovelle.

Die Reichsregierung hat am Dienstag Abend die sogenannte kleine Zolltarifnovelle der Öffentlichkeit übergeben. Obgleich sie nur eine Übergangszeit regeln soll, umfaßt sie nicht weniger als 175 Seiten.

Der Entwurf schlägt zunächst die Wiedereinführung der früheren allgemeinen Getreidezölle vor. Der Zoll beträgt demnach pro Doppelzentner bei Roggen 5 Reichsmark, bei Weizen und Spelz 5,50 Reichsmark, bei Gerste 2,30 und bei Hafer 5 Reichsmark. Um die Verteuerung der Nahrungsmittel aber nicht direkt eintreten zu lassen, sieht der Entwurf für eine Übergangszeit bis zum Beginn des nächsten Getreidewirtschaftsjahrs, also bis zum 31. Juli 1926, ermäßigte Zölle vor, und zwar pro Doppelzentner 3 M. für Roggen, 2 M. für Weizen, 2 M. für Gerste und 3 M. für Hafer. Diese Zölle sind, wie bereits gemeldet wurde,

**Wendepunkte.** Die Änderung des Mindestzollfußes für Gerste. Danach dürfen die Zölle bei vorläufigen Abmachungen bei Roggen nicht unter 5 M., bei Weizen nicht unter 5,50 M., bei Gerste nicht unter 2,30 M. und bei Hafer nicht unter 5 M. pro Doppelzentner herab gesetzt werden.

Der Entwurf bringt ferner den Vorschlag eines Zolls für Getreideerzeugnisse. In der Vorkriegszeit erschien, wie der Reichsernährungsminister Graf Ranke bei der Besprechung der Vorlage betonte, ein Getreideerzeugnis nicht notwendig, weil Deutschland unter Berücksichtigung der Lage auf dem Frachtenmarkt eine den deutschen Kartoffelanbau gefährdende Konkurrenz vom Auslande nicht zu befürchten hatte. Die Vorlage geht nun von dem Standpunkt aus, daß sich die Verhältnisse grundlegend geändert haben und befristet einen Kartoffelzoll in Höhe von 50 Pf. je Doppelzentner, der angeblich den Unterschied der Produktionskosten des In- und Auslandes ausgleichen soll. Für die Zeit bis zum 31. Juli 1926 wird ein ermäßigter Übergangszoll in Höhe von 25 Pf. pro Doppelzentner vorgeschlagen.

Die dritte große landwirtschaftliche Zollfrage, deren Regelung im Entwurf unternommen wird, betrifft die Vieh- und Fleischzölle.

Der Entwurf behauptet, daß die Entwicklung der deutschen Viehzucht gefährdet ist, weil sie ihre Erzeugnisse nicht zu Preisen absetzen kann, die in einem angemessenen Verhältnis zu ihren Produktionskosten stehen. Aus diesem Grunde wird die Wiedereinführung der allgemeinen Vorkriegszölle vorgeschlagen. Sie betragen bei Fleisch pro Doppelzentner 35 M., bei Geflügelfleisch 20 M., bei Schweinefleisch 24 M., und bei Schmalz und schmalzartigen Fetten 8 M. Bei Weizenfleisch, Speck und Wachsenfleisch sieht der Entwurf mit Rücksicht auf die drohende Verteuerung für die Übergangszeit bis zum 31. Juli 1926 ermäßigte Zölle vor und zwar für Geflügelfleisch und Wachsenfleisch in Höhe von 20 M. je Doppelzentner (statt 45 bez. 75 M.) und für Speck in Höhe von 24 M. (statt 36 M.) vor. Weiter regelt der Entwurf den Zollfuß für Gemüse, Obst, Gartenbauzeugnisse, Butter, Käse, Eier und Fett. Auch für Futtermittel ist eine Erhöhung des Zolls vorgesehen.

Die Regelung der Industriezölle geht in der Vorlage davon aus, daß infolge Entwicklung der Technik in den letzten 20 Jahren unter die Sammelmehrer des geltenden Zolls sehr Waren von der verschiedensten Art und den aller verschiedensten Werten fallen. Diese müßten zolltarifmäßig gesondert behandelt werden. Das trifft z. B. zu bei den Tarifnummern des chemischen Maschinenbaus, bei einigen Maschinengruppen, bei der Elektrotechnik, bei der Eisen- und Stahlverarbeitung und beim Nohlglas, wo im geltenden Tarif die hochwertigen Reichhaltigkeit mit gewöhnlichem Preis in einer Position

vereint sind. Die Tatsache, daß der geltende Zolltarif, so führt der Entwurf aus, Gewichtszölle und nicht Wertzölle enthält, habe ferner zur Folge, daß die Zölle im Hinblick auf die Entwertung der Kaufkraft des Geldes usw. stark veraltet sind und daß ihre Wirkung vielfach abgeschwächt wird. Dieser Tatsache soll in der Vorlage durch eine

**Anwertung der Zölle** Rechnung getragen werden. Die Erhöhung des Nominalbetrages der Zölle in vielen Fällen begründet die Vorlage neben der Belastung der Wirtschaft durch Steuern und Reparationslasten damit, daß Deutschland wegen der ungeheuren Kapitalarmut für das Leihkapital Zinsen zahlen muß, die viel höher sind, als die Zinsen der Vorkriegszeit und vor allem auch viel höher als die Zinsen, welche die Industrie der Konkurrenzländer aufwenden hat. Im weiteren verweist die Vorlage auf das protektionistische Zollsystem, das die Konkurrenzländer Deutschlands eingeführt haben.

Im allgemeinen stellen die vorgeschlagenen Zölle keine unvertretbaren Mindestzölle wie bei den Agrarzölle, also

**variable Zölle.** Eine Herabsetzung ist also möglich, wenn das handelspolitischen Beziehungen und Verhältnisse erfordern. Besonders zu erwähnen sind die Automobil- und Traktorenzölle. Hier beweist die Vorlage auf den ungeheuren Vorsprung, den das Ausland gegenüber der deutschen Industrie hat. Die Vorlage will der deutschen Industrie eine Frist gewähren, damit sie sich umstellen und den Vorsprung einsparen kann. Bei Automobilen ist ein Zollfuß vorgesehn, der weit höher liegt als die sonstigen Zölle für Industrieprodukte. (150 bis 350 M.) Dieser Zoll soll in halbjährlichen Stufen auf einen normalen Betrag herabgesetzt werden. Bei Traf-

loren ist wahrscheinlich eine Spezialkonzession für die Landwirtschaft, eine eigentliche Zollherabsetzung vorgesehen. Im übrigen sind die Zölle für Textilien in größerem Umfange erhöht

worden. Die Vorlage begründet das durch die Kapitalarmut der deutschen Textilindustrie und den schärferen Wettbewerb des Auslandes. Eine große Zahl der vorgeschlagenen Zolländerungen entfällt auf die Chemie

Hier ist unter Berufung auf die chemische Nachkriegsindustrie in anderen Ländern ein Zollfuß vorgesehn, der im allgemeinen um 10 Proz. des Wertes der Produkte liegt. Diese Zölle tragen durchweg Kompensationscharakter. Es ist anzunehmen, daß man mit ihnen Zollausgleiche in den Verhandlungen mit anderen Ländern ermitteln wird.

Die Grundzölle der Eisenindustrie, insbesondere der Roheisen- und Stabeisenzölle, werden durch den Entwurf nicht berührt. Wo Änderungen vorgenommen worden sind, beziehen sie sich auf Spezialerzeugnisse und Verfeinerungen, wie Bessemer-Peritierungen, kalte sogene und kaltgewaltes Stab- und Bandisen, sowie Traktoren, Kugellager und Wälzlager für Maschinenteile. Weiter ist eine, wenn auch in Schranken gehaltene

**Zollerhöhung für die Kleinfabrikindustrie** vorgesehen. In Einzelheiten hat man auch der Maschinenindustrie Zölle eingeräumt. Die Änderungen bestehen in der Hauptsache darin, daß einige besondere Arten, wie Gefäßbohrmaschinen, Druckluftwerkzeuge aus den Sammelmehrer herausgenommen worden sind. Ebenso hat die Entwicklung in der Elektrotechnik eine Aufhebung der Sammelmehrer und eine Neugliederung notwendig gemacht. Die vorgenommenen Tarifänderungen auf

industriellem Gebiet beziehen sich auf 300 Tarifnummern mit ungefähr 700 Zollfüßen.

Bei Veröffentlichung der Zolltarifnovelle führt der Reichsminister Dr. Luther vor den Vertretern der Presse aus: Die vorliegende Zolltarifnovelle stelle keinen neuen Zolltarif dar, wie ihn die veränderten Verhältnisse notwendig gemacht haben. Es sei eine vorläufige Regelung, die allerdings auf dem autonomen Tarif von 1902 aufgebaut sei. Dabei hätte zwischen dem Industriezoll und dem Agrarzoll unterschieden werden müssen. Für die Industriezölle habe sich die Notwendigkeit ergeben, die einzelnen Positionen dem gesunkenen Goldwert anzupassen. Das treffe vor allem auf die chemische und auch für die elektrotechnische Industrie zu.

**Bei den Agrarzölle** habe man von einer Anpassung der Position an den veränderten Goldwert abgesehen. Allerdings sei der Gedanke des Mindestzollfußes aufrecht erhalten worden. Es sei bei den Agrarzölle für die neue Ernte auch eine Schonfrist bis zum 1. Juli 1926 vorgesehn. Dr. Luther glaubt damit die Schärfe der einseitigen Lenkung vermeiden zu können.

Im übrigen begründet der Reichsminister die Zolltarifnovelle mit der Notwendigkeit, den Aufbau in der Landwirtschaft bereits schon im Herbst zu beigern, und weiter mit der Pflicht, die schwebenden Handelsvertragsverhandlungen zu beschleunigen.

Die Reichsregierung beschäftigt, wie der Kanzler betonte, mit dieser Zolltarifnovelle nicht eine einseitige Produktionspolitik zu betreiben, sondern vielmehr eine Produktionspolitik, die zum größten Teile gerade die Interessen der Konsumenten wahrnimmt. Wenn zum Beispiel eine aussergewöhnlich günstige Landwirtschaft zu einem starken Verbrauch industrieller Produkte wird, so gewinnt damit auch die Industrie durch gesteigerte Beschäftigungsmöglichkeit, und die allgemeine Steigerung der Produktion erhöht wiederum die Konsumkraft der gesamten Bevölkerung.

**Wirtschaftsminister Dr. Neuhaus** erklärte am Schluß einer längeren Begründung der Industriezölle: Der Tarif bleibt ein gemäßigter Schutztarif. In den neuen Handelsverträgen wäre auch die Befreiung der Einfuhrverbote zu erstreben. Die wirtschaftliche Lage ist noch zu wenig überschaubar, um einen vollkommenen neuen Zolltarif aufzustellen oder gar Bindungen der Zollfüße auf viele Jahre einzugehen. Für die Fertigstellung des endgültigen Zolltarifes muß die Entwicklung der Wirtschaftslage noch weiter beobachtet werden. Die Vorbereitungen für die Aufstellung sind aber bereits eingeleitet worden.

**Ernährungsminister Graf Ranke** führte u. a. aus: Deutschland braucht heute mehr denn je eine starke Landwirtschaft. Die wirtschaftliche Lage Deutschlands fordert gebieterisch, daß die inländischen Produktionsmöglichkeiten nach bestem Können ausgenutzt werden, daß jede unnötige Einfuhr aus dem Ausland vermieden wird und daß unsere Ausfuhr nach Möglichkeit gesteigert wird. Nach Auffassung der Sachverständigen wird es der deutschen Landwirtschaft möglich sein, ihre Produktion in kurzer Zeit ganz erheblich zu steigern. Diese Steigerung ist aber notwendig, um die Möglichkeit unserer Handelsbilanz zu mildern oder ganz zu beseitigen. Der Einfuhrüberschuß des vergangenen Jahres hat rund 2,7 Milliarden M. betragen. Diese Summe entspricht ungefähr dem Werte der landwirtschaftlichen Erzeugnisse, die bei Steigerung der heimischen Produktion aus eigener Scholle hätten gewonnen werden können. Gelingt es, die landwirtschaftliche Produktion Deutschlands in dem möglichen Umfange zu steigern, so wird auch die deutsche Landwirtschaft wieder Überschüsse in das Ausland exportieren,

## Das Ausland zur Rede des Außenministers.

### Frankreich.

Paris, 19. Mai.  
Über die gestrige Rede des Reichsaußenministers Dr. Stresemann schreibt der "Temps":

Sie habe ihm keinerlei Überraschung bereitet. Der Minister habe sich für einen Sicherheitspakt ausgesprochen, weil Deutschland gewisse Vorteile dabei finde, ein derartiges Abkommen zu unterzeichnen, aber er beschätze sich insbesondere damit, die deutschen Rationalisten zu beruhigen, die keinen endgültigen Reiz auf das wöllen, was Deutschland nach seiner Niederlage 1918 habe aufgeben müssen. Daraus erkläre sich der Ton der Rede, die keineswegs geeignet sei, einen sehr günstigen Eindruck hervorzuwecken, und die Frankreich wachsen machen müsse gegen die leichtsinnigen Illusionen, die man sich in gewissen Kreisen hinsichtlich der Aussichten mache, mehr oder weniger rasch zu einem annehmbaren Ergebnis zu gelangen. Stresemann habe übrigens das Ziel aufgedeckt, als er erklärte, daß, wenn das Garantienproblem ohne die Billigung Deutschlands gelöst werde, eine Regelung gegen es selbst erfolge. Das sei der Schlüssel der ganzen Affäre. Die Vorschläge Weisens seien gemacht worden, um ein englisch-französisch-belgisches Defensivabkommen zu verhindern.

Man wolle sich trotzdem ja nicht einbilden, daß wenn die deutschen Vorschläge als eine Diskussionsbasis für eine endgültige Regelung angenommen würden, Deutschland so wie eine freiwillige Besatzung der durch den Vertrag von Versailles geschaffenen Lage unterzeichnen werde. Dagegen Stresemann in bezug auf

**die Ökonomie** Erklärungen abgegeben, die alle Gerüchte, nach denen die Reichsregierung geneigt sei, die deutsch-polnische ebenso wie die deutsch-französische Grenze zu garantieren, zunächst gemacht

habe. Das gestrige Gespräch mache also den Ministerien die größte Vorsicht bei Verhandlungen zur Pflicht, die mit einem beklagenswerten Abenteuer enden könnten.

### Das Journal des Debats

findet, daß nach den 5 über in Paris vorliegenden Nachrichten über die Sicherheit kein neues Argument vorgebracht worden sei. Man sei also verpflichtet, daran zu erinnern, daß Deutschland über ein sehr einfaches Mittel verfüge, um seinerseits die gewünschte Sicherheit zu bekommen. Es möge in den Völkerverbund eintreten, dann werde es nach Artikel 10 des Völkervertrages unter dem gleichen Schutze stehen wie alle anderen Mitglieder des Völkervertrages. Aber das scheine in Berlin nicht genehm zu sein.

### England.

London, 19. Mai.  
Die Rede des Reichsaußenministers hat in England allgemein erwidert. Ein Reihe großer Blätter, wie "Daily Herald", "Daily Mail", "Daily Express" und "Daily Chronicle" nehmen von den Erklärungen des deutschen Außenministers überhaupt nicht Kenntnis. "Morning Post" stellt fest, selten habe eine Erklärung über Deutschlands Außenpolitik so wenig Interesse erregt, und "Daily Telegraph" betont in seinem Bericht, die Rede sei eine der schwächsten gewesen, die jemals von einem deutschen Außenminister gehalten worden sei.

In den der Regierung nahestehenden Kreisen wird dem Vertreter des "Socials. Pressedienstes" immer wieder nachdrücklich versichert, daß zwar bisher das Verhalten Hindenburgs und der Reichsregierung seit der Wahl keinen Grund zu Besorgnissen geboten hätte, daß jedoch erst die Handlungen, nicht Erklärungen, die fortwährenden starken Bedenken wirklich zerstreuen könnten. Die Haltung Deutschlands zur Entwaffnungsnote werde für die Reichsregierung der eigentliche Prüfstein sein.